JUNGE FREIHEIT
Nr. 29/18 | 13. Juli 2018

Handelsstreit zwischen China und den USA eskaliert

Der Verlierer steht schon fest

Abschottung und Fremdenfeindlichkeit gehören zum Vokabular aller Donald-Trump-Hasser. Doch beide Vorwürfe beschreiben Chinas Einstellung zum Rest der Welt über Jahrhunderte hinweg besser als die Einstellung des US-Präsidenten. 1793 versuchte Lord Macartney erfolglos, den Export nach China zu erleichtern. Die East India Company durfte nur fünf Monate pro Jahr, nur in Kanton (Guangzhou) und nur mit hohen Zöllen ins Reich der Mitte exportieren, während chinesische Waren in Europa reißenden Absatz fanden. „Ich lege keinen Wert auf seltsame oder clevere Objekte und habe keinen Nutzen für die Produkte Ihres Landes“, soll Kaiser Qiánlóng geantwortet haben.

VON **THOMAS KIRCHNER**

»Kommt das Wachstum ins Stocken, kriselt die herrschende Kommunistische Partei.«

Seit der Marktöffnung der Volksrepublik ist der Handel zwar einfacher als je zuvor, aber immer noch einseitig und protektionistisch. Exporte spielen für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas eine Schlüsselrolle, Importe und Investitionen werden durch hohe Barrieren ferngehalten. Damit das so bleibt, reagiert China heftig auf Trumps Strafzölle. Seit 6. Juli gelten 25 Prozent Zoll auf Sojabohnen, Whiskey, andere landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Kleinflugzeuge im Wert von insgesamt 34 Milliarden Dollar. Weitere 16 Milliarden im Handel mit Öl- und Kohleprodukten sollen folgen. Trumps Reaktion war typisch für ihn: Strafzölle in Höhe von 200 bis 300 Milliarden sind möglich.

Die USA haben den längeren Atem. Nicht nur, weil China viermal soviel in die USA exportiert wie umgekehrt und weil der Anteil der Exporte an der Wirtschaftsleitung in China höher ist als in den USA. Sondern vor allem, weil Chinas Machthaber ihre Legitimität aus der zentral gesteuerten Arbeitsmarktpolitik beziehen. Kommt das Wachstum ins Stocken, kriselt die alleinherrschende Kommunistische Partei. Dazu kommt, daß die US-Wirtschaft nach Trumps Steuerreform auf Hochtouren läuft. Negative Auswirkungen aus dem Handelsstreit werden deshalb in den USA kaum spürbar sein. Die langsame Abwertung des chinesischen Renminbi ist nur eine Drohgebärde, die die Öffnung bestenfalls hinauszögern kann.

In Peking werden Realpolitiker einsehen müssen, daß die seit dem Eintritt des Landes in die Welthandelsorganisation WTO bestehenden Privilegien nicht dauerhaft sind. China hat daraus in den vergangenen 20 Jahren viel Kapital geschlagen und massenweise Firmen im Westen in den Ruin getrieben. Für Peking kommt es nicht nur darauf an, Zugeständnisse zu machen, ohne das Gesicht zu verlieren, sondern auch auf den Machterhalt der KP. Den Europäern wird nichts anderes übrigbleiben, als mitzuziehen. Trotz der Rhetorik um Autoexporte sind sie letztlich nur Statisten, die aber von der Öffnung Chinas profitieren werden. Der Verlierer des Zollstreits steht schon fest. Die Frage ist nur, wie schnell China einlenken wird, und wie dies geschehen kann, ohne daß die KP an Macht verliert.

Die Modernisierungsumlage führt zu Mieterüberforderung

Renditeerwartungen

Von **Jörg Fischer**

Michael Voigtländer hat in der Regel die Rendite finanzkräftiger Immobilieninvestoren im Blick. So forderte der Fachhochschulprofessor kürzlich die Kommunen auf, ihre noch verbliebenen Wohnungen meistbietend zu verkaufen (*IW Policy Paper* 8/18). Damit könnten Schulden abgebaut werden. Mit den freiwerdenden Mitteln ließen sich Schulen sanieren, Kitas einrichten oder der ÖPNV ausbauen. Für die Mieter sähe die Rechnung anders aus: Ohne drastische Mietsteigerungen rechnen sich hohe Kaufpreise für die Käufer nicht.

Doch Voigtländer ist auch Mitarbeiter des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Und das wird von den Unternehmerverbänden BDA und BDI getragen. Deren Mitglieder suchen bezahlbare Fachkräfte und müssen hochpreisige Autos und andere Konsumgüter an deutsche Endkunden verkaufen – das beißt sich mit den Renditeerwartungen der Immobilien-AGs. Sprich: Wer vierstellige Kaltmieten zahlen oder überteuerte Eigentumswohnungen abstottern muß, hat kein Geld mehr für einen teuren e-Golf oder solide Miele-Qualität. Deswegen entdeckte Voigtländer nun öffentlichkeitswirkam die Mieterüberforderung bei der Modernisierungsumlage (*IW Policy Paper* 11/18). Auch die AfD-gejagten Regierungsparteien wollen nun plötzlich die entsprechende Mieterhöhung von elf auf acht Prozent sowie auf maximal drei Euro je Quadratmeter absenken.

Doch das schmälert die Rendite von Luxussanierungen oder der irrwitzigen Wärmedammung. Voigtländer verlangt daher eine Erhöhung der steuerlichen Abschreibung. Wenn Mieter dann mit der ausgebliebenen Mieterhöhung ein teureres Auto kaufen, könnte das über die höhere Mehrwertsteuer teilweise gegenfinanzert werden. Die einfachste Lösung wäre eine politische: Weniger Einwanderung senkt perspektivisch die Wohnungsnachfrage und hält Mieten und Immobilenpreise im Zaum – aber ob das der IW-Klientel recht wäre?

▶ iwkoeln.de/studien/iwpolicypapers

FOTO: FOTOLIA

Rentnerpaar am Strand: Angesichts der niedrigen Zinsen weichen Pensionsfonds auf derzeit ertragreichere, aber riskantere Aktienanlagen aus

Der Ruhestand in Gefahr

EZB-Politik: Die Schieflage vieler betrieblicher Pensionskassen hat sich verschärft / Kürzung von Ansprüchen?

DIRK MEYER

Die kapitalgedeckte Alterssicherung galt in Zeiten hoher Zinsen bei sicherer Anlage und schrumpfender Arbeitsbevölkerung gegenüber einem auch politisch unsicheren Umlageverfahren als besonders aussichtsreich. Darüber hinaus machte eine Entlastung bei Steuern und Sozialbeiträgen die Altersvorsorge attraktiv. Die demographisch bedingte Unsicherheit der Gesetzlichen Rentenversicherung und Zweifel an der Finanzierbarkeit künftiger Pensionsverpflichtungen sind geblieben, gleichzeitig sind jedoch die Zinsen stark gesunken. Die Anleiherisiken nehmen bei erneut aufflammender Eurokrise und perspektivisch steigenden Zinsen zu.

Eine höhere Lebenserwartung und nicht mehr erfüllbare Garantiezinsen machen die Kalkulationen der Vergangenheit obsolet. Zudem wurde die staatliche Förderung teils stark reduziert. Ergebnis: Kapitallebensversicherungen und Pensionskassen stecken in der Krise. Für die Betroffenen stellt sich nicht nur das Problem der Einhaltung von Zusagen, sondern zunehmend auch die Frage des Insolvenzschutzes der Vorsorge.

Einen erheblichen Anteil der Schuldzurechnung trifft die Europäische Zentralbank (EZB). Bei einer Bilanzsumme von 4,7 Billionen Euro wird das seit März 2015 laufende, hauptsächlich auf Staatsanleihen zielende Wertpapier-Ankaufprogramm bis September 2018 2,55 Billionen Euro umfassen. Das sind 55 Prozent der Zentralbank-Geldmenge. Die Wirkung dieses „Gelddruckens“ ist umstritten. Der beabsichtigte Effekt auf die Inflation blieb – bislang – aus.

Vielmehr fließt das Geld in die Immobilien- und Aktienmärkte, um dort eine Vermögenspreisinflation zu entfachen (JF 23/18). Auch die Wirkung auf den Zins ist umstritten. Nach den wenigen hierzu existierenden Studien ist der Rückgang eher gering und wird für die zehnjährige Bundesanleihe mit rund einem Prozentpunkt angegeben. Demgegenüber sehen David Folkerts-Landau und Stefan Schneider (Deutsche Bank) einen negativen Zinseffekt von vier bis sechs Prozent und sprechen deshalb von einer „Enteignung der Sparer und Blasenbildung“ an den Finanzmärkten.

Es gibt fünf Formen der betrieblichen Altersversorgung. Für 7,8 Millionen Personen und damit etwa die Hälfte der Ansprüche liegen Direktzusagen (1) vor. Hier verpflichtet sich der Arbeitgeber, eine Betriebsrente aus dem Betriebsvermögen zu zahlen und bildet dafür Rückstellungen. Die Erträge fließen aus der Wirtschaftskraft des Unternehmens, sind bei einer boomenden Konjunktur gesichert und von den Niedrigzinsen nicht betroffen. Die Ansprüche sind zudem durch den Pensions-Sicherungs-Verein (PSVaG) abgesichert.

Bei einer Direktversicherung (2) als drittgrößte Gruppe schließt der Arbeitgeber als Versicherungsnehmer eine Lebens- oder Rentenversicherung zugunsten seiner Beschäftigten ab. Wurden auf diesem Wege für 30 Jahre monatlich 100 Euro – insgesamt 36.000 Euro – eingezahlt, so stand bei einem Jahresdurchschnittszins von 5,66 Prozent bei Rentenbeginn 2006 ein Kapital von 94.474 Euro zur Verfügung. Bei Renteneintritt 2018 sind es nur noch 72.889 Euro (Zins von 4,23 Prozent).

Änderungen für künftige Zusagen

Noch schlechter sieht die Entwicklung für zukünftige Ruheständler aus. Pensionskassen (3) stellen mit etwa 25 Prozent der Deckungsmittel die zweitgrößte Gruppe. Diese Versorgungseinrichtungen werden von einem oder mehreren Unternehmen gebildet und sind spezielle Lebensversicherungen.

Davon zu unterscheiden sind Pensionsfonds (4) als rechtlich selbständige Versorgungseinrichtungen. Anders als Direktversicherungen und Pensionskassen sind Pensionsfonds freier in der Wahl ihrer Geldanlagen. Sie können deshalb den niedrigen Renditen ausweichen, allerdings um den Preis höherer Risiken. Auch sie gehören dem PSVaG an.

Unterstützungskassen (5) sind Versorgungseinrichtungen, die das von den Firmen eingezahlte Kapital möglichst gewinnbringend anlegen, um daraus später die Betriebsrenten auszuzahlen. Sollten die Leistungen die Ansprüche der Arbeitnehmer nicht decken können, muß der Arbeitgeber die Differenz ausgleichen. Zusätzlich bietet der PSVaG einen Insolvenzschutz. Außer den Direktzusagen unterliegen alle betrieblichen Altersversorgungen der Versicherungsaufsicht BaFin.

Direktzusagen erreichen infolge der guten wirtschaftlichen Entwicklung und eines aktuell leicht erhöhten Kalkulationszinssatzes einen als ordentlich zu bewertenden Deckungsgrad von 68 Prozent. Pensionsfonds weichen auf ertragreichere, aber riskantere Aktienanlagen aus, was negative Überraschungen zukünftig nicht ausschließt. Erheblich schlechter sieht es aktuell insbesondere bei den Pensionskassen aus. Deren Erträge beruhen auf relativ sicheren, aber niedrigverzinsten Anleihen. Seit 2014 haben verschiedene Kassen ihre Verrentungsfaktoren zuungunsten der Versicherten vermehrt angepaßt. Waren es von 2007 bis 2013 lediglich zehn Fälle, stieg die Zahl auf 17 in den folgenden vier Jahren. 2017 senkten 27 Pensionskassen für künftige Beiträge ihren Rentenfaktor ab.

Hierbei handelt es sich ausschließlich um Änderungen für künftige Zusagen, die mehrheitlich von den beteiligten Unternehmen zu beschließen sind. Zur Kürzung bereits laufender Ansprüche scheint es bis auf eine Ausnahme nicht gekommen zu sein. Allerdings bestehen entsprechende Überlegungen. Einige Pensionskassen werden ihre bereits eingegangenen Verpflichtungen ohne Nachschüsse der Arbeitgeber kaum mehr aufrechterhalten können. Ein Drittel der 137 deutschen Pensionskassen wurden von der BaFin deshalb „in Manndekkung genommen“. Voraussetzung für die Einhaltung wären Nachschüsse der Arbeitgeber, die aber deren Zahlungsfähigkeit voraussetzt. Ähnliches gilt im übrigen für den PSVaG bei Großschäden. Sind diese „Kollateralschäden“ der Geldpolitik noch verhältnismäßig?

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Jahresbericht der BaFin 2017:
▶ www.bafin.de

Diskussion um die Riester-Rente

Etwa drei Milliarden Euro jährlich müssen die Steuerzahler aufwenden, um die private Riester-Rente für Arbeitnehmer attraktiv aussehen zu lassen. Laut Versichererverband GDV sind so seit 2001 rund 25 Milliarden Euro an die Branche geflossen. Dennoch wird das Produkt nicht einmal von einem Drittel der 35 Millionen Förderberechtigten genutzt. „Die Zahl der Verträge lag Ende 2017 bei 16,5 Millionen“, erklärt Verbraucherexpertin Kornelia Hagen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Jeder fünfte Vertrag ruhe. „Da eine Person mehrere Verträge abschließen kann, ist die Zahl der Geförderten noch geringer. Von Ende 2016 rund elf Millionen Geförderten erhielt nur etwas mehr als die Hälfte die volle Förderung, fast 20 Prozent sogar weniger als die Hälfte.“ Der niedrige Garantiezins von 0,9 Prozent (2001: 3,25 Prozent) sowie hohe und intransparente Vertriebs-, Abschluß- und Verwaltungskosten erklärten die geringe Nachfrage, so Hagen. (fis)

Diskussionsbeitrag „Mängel der Riester-Rente“ in DIW Wochenbericht 23/18
▶ www.diw.de

Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 · Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!
Kundennummer (Falls zur Hand)
Vorname/Name
Straße/Nr. (Kein Postfach)
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail
Datum/Unterschrift

JF-BD-28/2018

Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,–. Bei Bestellungen unter EUR 50,– beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,90. Postalisches Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,– an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,–. Für außereuropäische Staaten EUR 18,–. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST
JUNGE FREIHEIT Medienversand

gehen Sie online: jf-buchdienst.de

Rainer Kirchdörfer (Hrsg.)
Eigentum
Warum wir es brauchen. Was es bewirkt. Wo es gefährdet ist
Privateigentum ist in einer modernen Gesellschaft unverzichtbar. Aber welche Funktion hat es genau für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft? Und wie beeinflußt es die kindliche Entwicklung und das Gehirn? Eine elementare Bestandsaufnahme und Interviews mit hochkarätigen Experten.
336 S., geb.

Best.-Nr.: 93893 **EUR 26,00**

Rainer Zitelmann
Kapitalismus ist nicht das Problem, sondern die Lösung
Eine Zeitreise durch 5 Kontinente
Brauchen wir weniger Markt und mehr Staat? Der Bestsellerautor Rainer Zitelmann zeigt anhand vieler Beispiele von Ländern auf der ganzen Welt, daß durch Vertrauen auf den Markt der Wohlstand steigt. Ein hochaktuelles Buch angesichts wachsender planwirtschaftlicher Einmischung!
288 S., geb.,

Best.-Nr.: 93818 **EUR 24,99**

Michael Grandt
GEZ
Wie mit Zwangsgebühren Staatspropaganda finanziert wird und warum diese abgeschafft werden sollten
In diesem Buch erfahren Sie alles über unsere zwangsfinanzierten Staatsmedien. Der investigative Erfolgsautor Michael Grandt räumt mit Mythen und Halbwahrheiten auf und entlarvt die größten Propagandalügen. Zu Recht vertrauen immer mehr Menschen der Lügenpresse nicht mehr.
236 S., geb.

Best.-Nr.: 93831 **EUR 19,95**

Julian Hosp
Kryptowährungen
Bitcoin, Ethereum, Blockchain, ICOs & Co. einfach erklärt
Was steckt hinter Bitcoins, Blockchain und Kryptowährungen? Julian Hosp, einer der bekanntesten Kryptowährungsexperten der Welt, faßt in seinem Bestseller das grundlegende Wissen darüber für Einsteiger kompakt zusammen und erläutert diese neueste technologische Revolution.
208 S., Pb.,

Best.-Nr.: 93895 **EUR 14,99**

Thomas Mayer
Die Ordnung der Freiheit und ihre Feinde
Vom Aufstand der Verlassenen gegen die Herrschaft der Eliten
Die liberale Ordnung hat uns nach dem Untergang des Sozialismus Freiheit und Wohlstand gebracht. Trotzdem wird sie heute links und rechts angegriffen: Sie sei für Ungerechtigkeit bzw. Identitätsverlust verantwortlich. Thomas Mayer zeigt, was wir dem Liberalismus verdanken.
240 S., geb.,

Best.-Nr.: 93888 **EUR 17,99**

Günter Hannich
Megacrash - Die große Enteignung kommt
So schützen Sie sich vor der Krise und sorgen für den Crash-Fall vor
Die Aktien- und Immobilienmärkte blühen, doch der renommierte Geldanlage- und Sicherheitsexperte Günter Hannich sieht eindeutige Signale, die auf einen bevorstehenden Crash hindeuten. Was uns erwartet, ist der komplette Zusammenbruch des Wirtschafts- und Finanzsystems
282 S., geb.

Best.-Nr.: 93832 **EUR 19,95**

Holger Douglas
Die Diesel-Lüge
Die Hetzjagd auf Ihr Auto – und wie Sie sich wehren

Der Diesel-Skandal ist einer der größten jemals entstandenen Schäden für Wirtschaft und Verbraucher. Doch was sollen Besitzer von Dieselfahrzeugen nun ganz konkret tun? Holger Douglas liefert Ihnen alle notwendigen Informationen darüber, was Sie als Verbraucher wissen müssen.
129 S., Pb.,

Best.-Nr.: 93894 **EUR 9,99**

Abbildungen können vom Original abweichen!